

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Rendorf, Ortmannsdorf, Mülsen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Aufschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang.

Nr 290

Verbreiteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Dienstag, den 14. Dezember.

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1909

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Bismarckstraße Nr. 5b, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Anzeiger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamepreise 30 Pfg. pro anstehender Zeile. Telegramm-Adresse: „Tageblatt“.

Die Anmeldung

der Kinder, welche nächste Ostern schulpflichtig werden, soll in der Zeit vom 14. bis 17. Dezember vormittags von 10-12 und nachmittags von 3-4 Uhr stattfinden.

Dabei wolle man folgendes beachten:

1. Schulpflichtig werden nächste Ostern alle Kinder, welche bis dahin das sechste Lebensjahr erreicht haben, doch dürfen auch solche aufgenommen werden, welche bis zum 30. Juni 1910 das sechste Lebensjahr vollenden.
2. Auch solche Kinder, die wegen Krankheit noch nicht in die Schule eintreten können, sind unter Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses anzumelden.

3. Für alle Kinder ist der Impfschein und für auswärts geborene überdies die ständesamtliche Geburtsurkunde mit pfarramtlicher Taufbescheinigung beizubringen. Lichtenstein, den 1. Dezember 1909.

Die Schuldirektion.
Poencke.

Sparcasse Lichtenstein.

Vom 1. Januar 1910 ab tägliche Verzinsung der Einlagen.

Zinssatz 3 1/2 %

Einlageguthaben 9 Millionen Mk. Reservefonds 524000 Mk.

Das Wichtigste.

Der „Ballon“ „Leipzig“ stieg gestern vom Leipziger Sportplatz aus auf und landete glatt bei Hameln.

Der König von Belgien liegt den letzten Telegrammen zufolge auf dem Sterbebett. In der Umgebung des Patienten rechnet man mit dem baldigen Ableben.

Bizanzkrat Jeye, Inspektor des Torbedewesens, ist gestern in Kiel im Alter von 57 Jahren gestorben.

Durch den Sturm auf dem Eriee sind 50 Personen umgekommen. Der Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt.

Die zerstückelte Frauentische ist als die der Anna Luise Arnholz aus Berlin rekonstruiert worden.

In der Kohlengrube „Viktor“ bei Sosnowice sind fünf Bergleute an vergifteten Gasen erstickt.

In Südfrankreich haben Stürme und Schneefälle großen Schaden angerichtet.

Graf Bismarck von Schildt und der Liberalismus.

Die nicht gerade diplomatische Äußerung des sächsischen Ministers des Innern, Graf Bismarck von Schildt, über den Liberalismus, die bei den Staatsberatungen der Zweiten sächsischen Kammer fiel, hallt noch immer im Streit der Parteien nach. Erfreulich ist es, daß man sich von seiten der Regierung ertüschlos hat, die Äußerung nochmals durch eine offiziöse Erklärung abzuschwächen, die das Leipziger Regierungsorgan, die „Leipz. Ztg.“ veröffentlicht. Die Erklärung lautet:

„Es ist begreiflich, daß die Auslegungen, welche von liberaler und konservativer Seite den Äußerungen des Staatsministers Graf Bismarck gegeben worden sind, stellenweis einen parteipolitisch gefärbten Charakter tragen. Wir wollen nicht den vergeblichen Versuch machen, den Worten eine Deutung zu geben, welche beide Parteien gleichmäßig befriedigt. Solange die konservative und die liberale Weltanschauung mit einander ringen, werden beide Parteien auch verschiedener Ansicht sein mit welchen Mitteln die Staatsautorität zu stützen ist, über deren grundsätzliche Bohrung beide Parteien mit gleicher Entschiedenheit einig sind. Diese programmatisch verschiedene Auffassung über die Mittel, wie sie insbesondere im Kampfe gegen die Sozialdemokratie benötigt werden, kann für die grundsätzliche Stellung der Regierung zu einer oder der anderen Partei keine ausschlaggebende Bedeutung haben. Es ist dies eine Frage, zu deren Lösung augenblicklich ein praktisches Bedürfnis nicht vorliegt. Im Interesse des Landes möchten wir wünschen, daß dieses Thema nunmehr verschwände, um den Parteien des Landtages den von ihnen wiederholt betätigten guten Willen zu positiver Arbeit nicht zu lähmen. Daß auch die Regierung den ehrlichen Willen hat, in Einmütigkeit mit beiden Parteien positive Arbeit zu leisten, dürfte für jeden erkennbar sein, der den ersten Teil der Rede des Staatsministers Graf Bismarck mit Aufmerksamkeit liest.“

Im Lande wird man sich dem Wunsche, daß dieses Thema jetzt verschwinden möge, gewiß überall anschließen. Denn es hat wirklich keinen Sinn, daß sich die bürgerlichen Parteien gegenseitig in den Haaren liegen und darüber

den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, die Sozialdemokratie, vernachlässigen. Es wäre aber auch wohl zu wünschen, daß man in Zukunft auch am Regierungstische mehr Vorsicht walten ließe, den Kampf im bürgerlichen Lager nicht noch weiter zu schüren.

Konservativer Parteitag.

Am Sonnabend tagte im Kaiserpaale des „Rheinwald“ in Berlin ein konservativer Parteitag, der zahlreich besucht war. Wenn die dort zutage getretene Stimmung als Maßstab für die Gesinnung in der Gesamtpartei gelten darf, so kann die konservative Reichstagsfraktion sich auf ihre Anhänger im Reich verlassen. Man billigt die Ablehnung der Erbansatzsteuer ebenso wie die Verträglichkeit des Blochs, man hält die Verabschiedung der Reichsfinanzreform auch in der unvollkommenen Gestalt, die sich schließlich erhalten hat, für eine patriotische Tat, und man ist entschlossen, aus der veränderten Situation im Reichstage die Konsequenzen zu ziehen, soweit die Führer der Partei sie zu ziehen für gut befinden. Man wird die Hände nicht in den Schoß legen, sondern das Arbeitsfeld der Partei nach Kräften zu erweitern suchen, um im Jahre 1912 in voller Rüstung bereit zu sein, wenn es gilt, sich in heißer Wahlkämpfe erneut zu behaupten.

So sind der konservativen Partei ihre Wege für die nächste Zukunft vorgezeichnet. Sie findet, daß die Nationalliberalen immer mehr nach links abschwanken, und sie ist ihrerseits entschlossen, wenn es sein muß, einen „Block nach rechts“ zu bilden, wie der Abg. Klasing unter Bezugnahme auf ein Wort des Zentrumsführers Frhrn. v. Hertling sich ausdrückte. Ja, mehrere Redner traten sogar mit großer Entschiedenheit dafür ein, daß man aufhören solle, den Freisinn in seinen Wahlkämpfen mit der Sozialdemokratie zu unterstützen, wenn er keine Gegenseitigkeit verbürge, und alle waren sich darin einig, daß die konservative Partei auch im Westen und Süden des Reiches ebenso wie in den großen Städten eifriger als bisher agitieren müsse, um den Vorwurf zu entkräften, daß sie eine einseitig agrarisch gerichtete, nur in Preußen wurzelnde Partei sei. „An die konservative Weltanschauung ist es uns zu tun“, rief Abg. Klasing, der gegenüber die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Partei durch „die lächerliche Kleinigkeit der Finanzreform“ keinen Schaden leiden könne und werde. Wie stark muß das Selbstbewußtsein einer Partei sein, wenn sie in einer Zeit wie der jetzigen mit solchen Worten vor die Öffentlichkeit tritt!

„Wir haben nichts zu entschuldigen, nichts zu bereuen, nichts zu verheimlichen“, sagte Herr v. Denderbrandt in seinem Rückblick auf die letzte Vergangenheit. „Wir sind die Partei des Beharrens, aber auch die Partei des Fortschritts und der Freiheit auf der Basis dessen, was ist und was sich bewährt hat.“ Das ist ein Programm für die Zukunft der Partei. Der Kampf wird nun weitergehen, bis die nächsten Wahlen darüber entscheiden werden, ob der innere Kurs des Reiches auch fernherhin nach rechts, oder ob er nach links gesteuert werden soll.

Es wurden zum Schluß zwei Resolutionen angenommen, deren erste betont, daß das ungeschmälerte Aufbringen der zur Beseitigung der Finanznot des Reiches erforderlichen 500 Millionen eine Auf-

gabe von höchster nationaler Bedeutung war, und daß es nur den Bemühungen der konservativen Fraktion des Reichstages zu danken ist, wie die Beseitigung der Finanzkrisis und damit die Gesundung des Reiches im Innern wie die Stärkung seines Ansehens im Ausland herbeigeführt worden ist.

In der zweiten Resolution wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die konservative Partei, wie bisher, so auch künftig, unverrückt für das Wohl jeder rechtlichen Arbeit im Handel, Gewerbe, Amt und in allen mittelständigen Berufen wirken und daß sie neben ihrer niemals nachlassenden Fürsorge für die Landwirtschaft ebenso für die wohlverstandenen und wohlberechtigten Interessen der städtischen und industriellen Bevölkerung und für die Fürsorge geistiger Kultur eintreten, wie unentwegt gegen den Umsturz kämpfen wird.

Der Parteitag wird natürlich lebhaften Widerhall im deutschen Blätterwalde wecken, und manches kräftige Wortlein wird darüber geschrieben werden.

Deutsches Reich

Berlin. (Im Reichstage) griff am Sonnabend bei der Fortsetzung der Staatsberatung vom Bundesratspräsident aus nur einmal der Staatssekretär des Auswärtigen in die Erörterung ein, um zur Verhütung oder Beseitigung von Mißverständnissen erneut die Stellung der Regierung zu der Mannesmann-Affäre in Marokko darzulegen. Der Reichskanzler wohnte zwar mehrere Stunden der Sitzung bei, fand aber keine Veranlassung, nochmals zu sprechen. Das Feld blieb also für die Parteien frei, um ihre Kämpfe untereinander weiterzuführen, und sie nahmen die Gelegenheit nach Kräften wahr. Vom Etat war fast gar nicht mehr die Rede. Die Abgeordneten Liebermann, von Sonnenberg, Zimmermann und Gröber beschäftigten sich überwiegend mit der Vergangenheit, wobei der Zentrumstredner bis weit in das vorige Jahrhundert zurückgriff, und richteten scharfe Angriffe nach links. Der nationale Dr. Heinze mußte ihren Spuren folgen, da ihm die Aufgabe zufiel gegen seine Partei erhobene Vorwürfe zurückzuweisen. Abwechslung brachte erst der freisinn. Dr. Pöffel in die Verhandlungen, indem er über die Verhältnisse in Elßa-Lothringen sprach. Er billigte die Haltung der dortigen Regierung, meinte aber, daß die Regelung der Verfassungsfrage im Interesse der Reichslande liege. Darnach vertagte das Haus die weitere Beratung auf Montag, doch steht als erster Gegenstand die Interpellation wegen des Kalifornienfalls auf der Tagesordnung.

(Die sächsische Denkschrift gegen die Schiffsabgaben und Baden.) Die „Köln. Ztg.“ gibt die Dresdner Meldung, wonach die sächsische Denkschrift gegen die Schiffsabgaben keinen unfreundlichen Akt gegen die preussische Regierung darstellen soll, und man auf eine solche Behandlung der Angelegenheit den größten Wert legt, mit folgenden Bemerkungen wieder: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die badische Regierung den Standpunkt der sächsischen Regierung vollständig teilt.“

(Die Stellung Italiens zum Dreieund.) „L'opolo Romano“ schreibt, nichts Berechtigtes zur Vermutung, daß unter dem neuen Ministerium die Richtung der italienischen auswärtigen Politik die geringste Aenderung erfahre, da diese im Sinne der Regierung, gleichviel welcher, im Sinne des Parlaments, gleichviel welche Majorität vorherrsche, und im Sinne des

Mitbürger...
position machen
alles gefallen
im Wohle und
sich reiflich, ob
bei der Wahl
folgt.
ckel-
stände!
erordnetenwahl
egler
ißler
us
old
treten und frei
also selbst mit
Stimme geben.
stets auf Lager
Tageblatt-Exp.
ach längerem
rossvater, der
nn,
Boerdigung
s 12 1/4 Uhr
aten hiermit
1909.
benen.
langem,
uben an
er, teurer
Schwager
Wze,
deberg
fmann,
lieben.
Dienstag,
t.
rich, Hohndorf